

Ich werde sie in meinen Armen halten – am Tag nach dem Krieg: Der fünfte Newsletter (2020).



Santu Mofokeng, *Eyes Wide Shut, Motouleng Cave, Clarens - Free State, 2004*

Liebe Freunde,

Grüße vom Pult des **Tricontinental: Institute for Social Research**.

Am Montag, dem 27. Januar, ist der südafrikanische Fotograf Santu Mofokeng entwischt. Seine Kamera war ein vertrautes Bild im Anti-Apartheid-Kampf; nach Jahren Dokumentation von Polizeigewalt und Volkswiderstand war er es leid, «Bilder zu machen, die von Trübsal, Monotonie, Angst, Kampf [und] Unterdrückung zeugen», schrieb er 1993. Damals richtete Santu seine Kamera auf das Leben der schwarzen Arbeiterklasse. «Vielleicht suchte ich nach etwas, das sich nicht fotografieren lässt», sagte er. «Vielleicht jagte ich nur Schatten hinterher». Wer nach der Zukunft sucht, jagt Schatten.

Und wenn die Zukunft düster ist, möchte man die Augen davor schließen.

Mitte Januar veröffentlichte die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) ihren wichtigsten **Bericht**, den Bericht *World Economic Situation and Prospects 2020*. Das Hauptthema des Berichts ist, dass die globalen Wachstumsraten in diesem Jahr wenig beeindruckend sein werden und dass die mächtigsten Staaten erneut auf Zinssenkungen angewiesen sind, um die Märkte mit Liquidität zu versorgen. Unter den etablierten Ökonomen und Bankiers gibt es die fundamentalistische Ansicht, dass der Eintritt von Kapital in die Märkte zu Investitionen führt, die dann die Wachstumsraten steigern. Wie die UNCTAD zeigt, ist dies eine Illusion, denn die Liquidität fließt in die Finanzmärkte und führt keineswegs in Investitionen in die Produktion, den Dienstleistungssektor oder die Finanzierung menschlicher Bedürfnisse. Die «überlastete Geldpolitik», so der UNCTAD-Bericht, «hat sich als unzureichend erwiesen, um Investitionen zu stimulieren, die in vielen Ländern weniger durch die Finanzierungskosten als durch Unsicherheit und mangelndes Vertrauen der Unternehmen gebremst werden».

Ein enormer Betrag der globalen Verschuldung wurde «in finanzielle Vermögenswerte anstatt in die Steigerung der Produktionskapazität gelenkt – was eine besorgniserregende Diskrepanz zwischen dem Finanzsektor und der realen Wirtschaftstätigkeit veranschaulicht». Selbst wenn Kapital in den Fertigungssektor geflossen ist, hat es nicht unbedingt die Beschäftigung erhöht; das Phänomen des «beschäftigungslosen Wachstums» war oft die Folge. Das Kapital ist in negativ verzinsliche Staatsanleihen geflossen, was zeigt, dass die Kapitalmärkte das künftige Wirtschaftswachstum pessimistisch einschätzen. Es ist ein Signal für die tiefe Verzweiflung im gegenwärtigen System, wie wir in unserem **Dossier 24**, *The World Oscillates Between Crises and Protests*, vom Januar dargelegt haben.

Angesichts fehlender Wachstumsraten senken die Zentralbanken die Zinssätze. Die US-Notenbank – als Banker der letzten Instanz – hat die Zinsen noch einmal gesenkt. Der Zinssatz liegt zwischen 1,5% und 1,75%, was der Federal Reserve Bank nur sehr wenig Spielraum für weitere Zinssenkungen lässt, falls es zu einer weiteren Finanzkrise oder sogar zu einer größeren Verlangsamung kommt. Das «übermäßige Vertrauen in die Geldpolitik», schreiben die Ökonomen der UNCTAD, «reicht nicht nur nicht aus, um das Wachstum wieder anzukurbeln, sondern ist auch mit erheblichen Kosten verbunden, einschließlich der Verschärfung der Risiken für die Finanzstabilität». Niedrige Zinssätze ermöglichen es den Finanzmärkten, in einer Situation, in der die Risiken unterbewertet sind, Kredite aufzunehmen; in der Folge ist ein rücksichtsloseres Verhalten auf den Finanzmärkten zu beobachten, Vermögenswerte sind überbewertet und die globale Verschuldung wird wahrscheinlich in die Höhe schnellen.



Ali Imam, *Farmers* (Landwirte)

Seit dem Aufkommen der neoliberalen Orthodoxie werden Regierungen dazu gedrängt, nur noch die Geldpolitik – zum Beispiel Manipulation der Zinssätze – als Mittel zur Intervention in die Wirtschaft einzusetzen. Die Fiskalpolitik – wie die Verwendung des Haushalts zur Beschaffung von Mitteln für öffentliche Ausgaben – wurde als ineffizienter Weg für die Regierungen erkannt; stattdessen werden sie ermutigt, Steuern zu senken und die Ausgaben zu reduzieren. Wenn privates Kapital nicht die notwendigen Investitionen in die Gesellschaft tätigt, müssen die Regierungen Mittel aufbringen, die sie für umfangreiche öffentliche Investitionen verwenden können. Mit anderen Worten, wie es die UNCTAD formuliert, würde dies bedeuten, «die Politik zur Dekarbonisierung von Energie, Landwirtschaft und Verkehr anzupassen; gezielte Infrastrukturinvestitionen zu tätigen, um den Zugang zu sauberer und erneuerbarer Energie, sauberem Wasser und Verkehrsverbindungen zu erweitern; und die Chancengleichheit beim Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung, Gesundheitsversorgung und formeller Beschäftigung zu unterstützen».

Nichts dergleichen erregte die Aufmerksamkeit der müden Entscheidungsträger, die zum Weltwirtschaftsforum in Davos in die Schweiz kamen. Sie sprachen über den Klimawandel, als sei er ein neues Thema und als könne man ihn isoliert von den Flutwellen der finanziellen Instabilität und den Wüsten

der Kapitalinvestitionen betrachten, die das Leben von Milliarden von Menschen bedrohen. Jedes Jahr veröffentlicht Oxfam für die Teilnehmer in Davos seinen verblüffenden **Bericht** über die globale Ungleichheit. Der diesjährige Bericht zeigt, dass die 2.153 Milliardäre der Welt mehr Reichtum besitzen als die 4,6 Milliarden Menschen, die 60% der Weltbevölkerung ausmachen. Einige Zahlen in diesem Bericht sind so verwirrend, dass man sie immer wieder lesen muss:

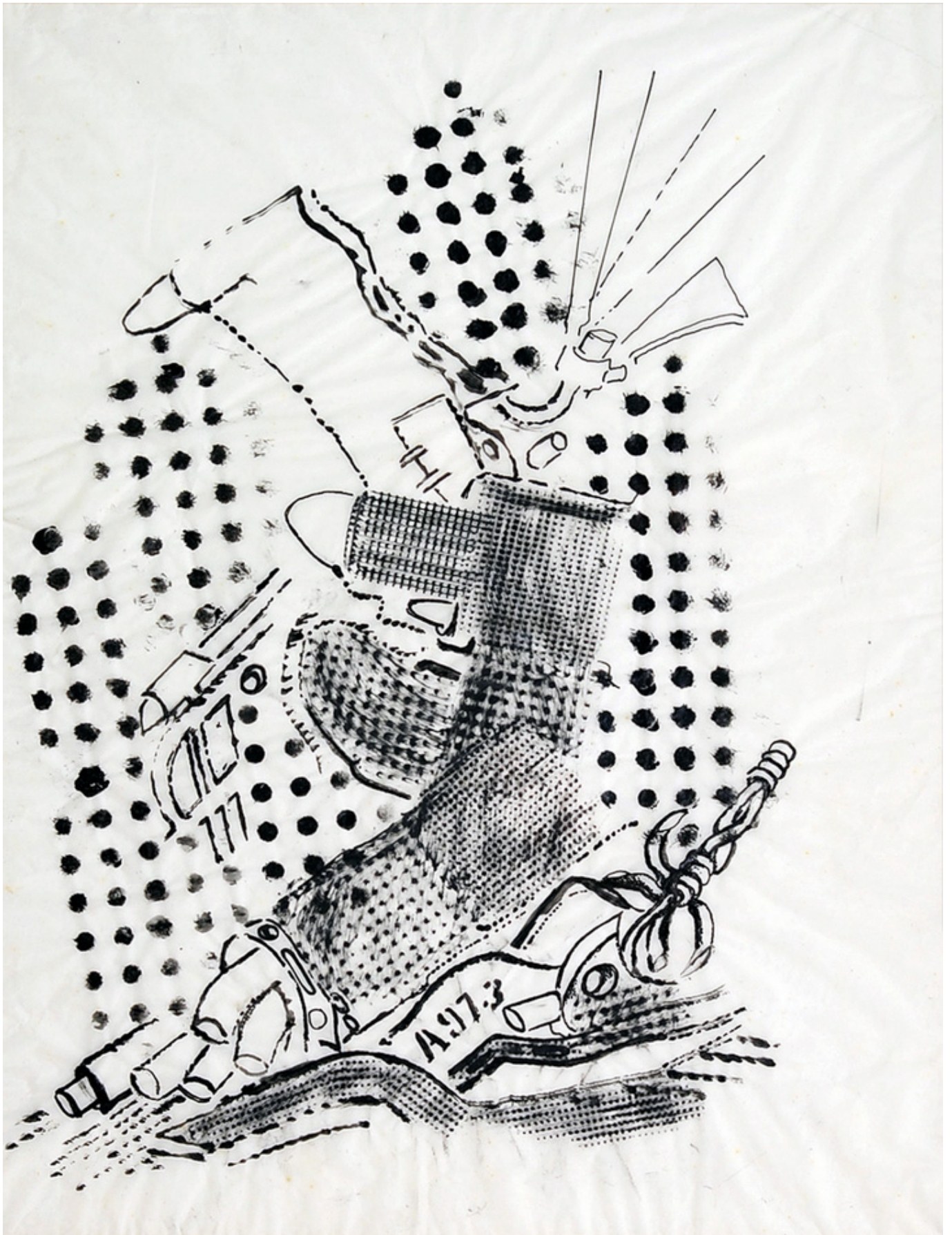
- Die reichsten 22 Männer der Welt sind reicher als alle Frauen in Afrika.
- Die reichsten 1% der Welt haben mehr als doppelt so viel Reichtum wie die 6,9 Milliarden Menschen.
- Wenn Sie seit dem Bau der Pyramiden im alten Ägypten vor etwa fünftausend Jahren täglich 10.000 Dollar sparen würden, hätten Sie heute nur ein Fünftel des durchschnittlichen Vermögens der 5 reichsten Milliardäre.
- Frauen und Mädchen leisten jeden Tag 12,5 Milliarden Stunden unbezahlte Pflegearbeit und tragen damit mindestens 10,8 Billionen Dollar pro Jahr zur Weltwirtschaft bei – mehr als dreimal so viel wie die globale Technologieindustrie.



Inji Efflatoun, *Prisoners (Gefangene)*, 1957

Angesichts dieser Unterschiede ist es nicht verwunderlich, dass die Gespräche in Davos trocken sind, sogar jenseits der Welt. Zwei Wirtschaftswissenschaftler **schreiben** aus Davos über die positiven Anzeichen in

dieser Wirtschaft, die sich hinter der Einstellung der Handelsfeindseligkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und China verbergen und eine Steigerung der Verbraucherausgaben bedeuten. Hier steht nichts über Ungleichheit oder die Tatsache, dass die Verbraucherausgaben auf billigen Krediten und hohen Schulden basieren. Die Ökonomen schließen ihre Notiz mit einer eigenartigen Aussage: «Weitere lokale Probleme, wie Unruhen in Lateinamerika und das nachlassende Wachstum in Indien, sind ebenfalls besorgniserregend.»



Silvano Lora, *Vietnam*, 1971

Unruhen in Lateinamerika? Der Kern der Unruhen, die wir in Lateinamerika sehen, deutet vielmehr auf eine Reihe von Operationen zum Regimewechsel (die die Regierung in Bolivien stürzten und die versuchten – und scheiterten –, die Regierung in Venezuela zu stürzen) und auf staatliche Repression gegen Demonstranten (in Chile und Ecuador) hin. Welche Gewalt man in Lateinamerika sieht, wurde der Hemisphäre vom Imperialismus und der lokalen Oligarchie **aufgezwungen**. Wenn man sie «Aufstände» nennt, werden sie als anarchisch angesehen; sie sind in Wirklichkeit die objektive Folge der von Washington und den bewachten Gemeinschaften der lateinamerikanischen Oligarchien diktierten Staatspolitik, die versucht, die Region zu destabilisieren und die Kontrolle in den Händen der Reichen zu behalten.

Vor einem Jahr versuchten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten in der Lima-Gruppe einen Staatsstreich gegen die Regierung von Venezuela. Der hybride Krieg gegen das venezolanische Volk wuchs um ein **Sanktionsregime** herum, das die venezolanische Wirtschaft zu einem scharfen Kontrahieren gezwungen und das mindestens 40.000 Menschen getötet hat. Dieser Krieg gegen Venezuela hat in ganz Lateinamerika, vor allem aber im benachbarten Kolumbien, zu extremer Instabilität geführt.

In einer kurzen **Erklärung** wies der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte auf die «erschütternde Anzahl» von Morden an Führern sozialer und politischer Bewegungen hin. Die Mörder, so die UNO, seien «kriminelle und bewaffnete Gruppen, die mit illegalen Wirtschaftszweigen in den von den **FARC-EP** geräumten Gebieten in Verbindung stehen». Mit anderen Worten, rechte paramilitärische Gruppen und die mit ihnen verbundenen Drogenbanden haben den von der Linken unterzeichneten Friedensvertrag ausgenutzt, um das Land zu terrorisieren. Im **Dossier** «Tricontinental: Institut für Sozialforschung» zu Kolumbien (Dezember 2019) wird argumentiert, dass die kolumbianische Oligarchie sich nicht in Richtung Frieden bewegen will, weil dies die Gewichte innerhalb der kolumbianischen Politik zu den Volksbewegungen und zur Linken verschieben würde. Die Fortsetzung des Krieges – nun durch Attentate und Einschüchterungen – begünstigt die Oligarchie. Sie zieht diese Gewalt der demokratischen Politik vor. Am 21. Januar kehrte das kolumbianische Volk zu einem weiteren Generalstreik auf die Straße zurück, mit einem Forderungskatalog, der von einem Ende der neoliberalen Wirtschaftspolitik bis zur Auflösung der repressiven Polizeieinheiten reicht, die wie Todesschwadronen operieren.



João Pedro Stédile vom Nationalen Vorstand der Bewegung der landlosen Landarbeiter Brasiliens (MST) **gibt** eine zwanzig Punkte umfassende Bewertung des gescheiterten Staatsstreichs in Venezuela, in dessen Mittelpunkt die Desorientierung innerhalb der rechten Opposition gegen den von Hugo Chávez in den 1990er Jahren eingeleiteten bolivarianischen Prozess steht. Der bevorzugte Kandidat für einen Regimewechsel aus Washington, Juan Guaidó, hat die Unterstützung einer tief zersplitterten Oppositionsgruppe in Venezuela nach einem Jahr der Versuche, die Regierung zu stürzen, verloren. Guaidó – ehemals Präsident der Nationalversammlung – wurde in einer Abstimmung am 5. Januar durch Luis Parra ersetzt. Parra, obwohl er immer noch Mitglied der Opposition ist, wurde von den Vereinigten Staaten als inakzeptabler Marionettensatz angesehen, weshalb sie ihn umgehend sanktionierten und Guaidó ermutigten, seine persönliche Rebellion fortzusetzen. Dies ist der von der Oligarchie angezettelte «Aufstand», der in Teilen Lateinamerikas Chaos verursacht: der Aufstand der Reichen, der das Leben der Armen und der Arbeiterklasse vernichten soll.

Als Kolumbien 1964 erneut in seine scheinbar endlose Reihe von Kriegen abrutschte, schrieb der ikonoklastische Dichter Jotamario Arbeláez ein bewegendes Gedicht über die Zeit «nach dem Krieg» (übersetzt von Nicolás Suescún),

Un día
después de la guerra
si hay guerra
si después de la guerra hay un día
die Tomaré und die Missbräuche
un día después de la guerra
si hay guerra
si después de la guerra hay un día
si después de la guerra tengo brazos
te haré con amor el amor
un día después de la guerra
si hay guerra
si después de la guerra hay un día
si después de la guerra hay amor
y si hay con qué hacer el amor.

Heute gibt es einen hybriden Krieg und einen Wirtschaftskrieg, die die Voraussetzungen für Chaos schaffen.

Es gibt einen Wirtschaftskrieg gegen den Planeten, einen, den keine Antikriegsbewegung aufhält.

Dieser Wirtschaftskrieg deformiert menschliche Bestrebungen, zerstört Träume und zerbricht Hoffnungen. Wenn dieses reichste 1 % – das mehr als doppelt so reich ist wie die 6,9 Milliarden Menschen auf der Erde – nur 0,5 % mehr Steuern zahlte, wären genug Investitionen möglich, um 117 Millionen Arbeitsplätze im Bildungs- und Gesundheitswesen, in der Kinder- und Altenbetreuung zu schaffen. Im Jahr 2016 **wies** die UNESCO darauf hin, dass die Länder der Welt in den nächsten anderthalb Jahrzehnten mindestens 68,8 Millionen Lehrer einstellen müssten, wenn die Welt das Ziel der nachhaltigen Entwicklung im Bildungsbereich erreichen will – 24,4 Millionen Grundschullehrer und 44,4 Millionen Sekundarschullehrer. Diese Forderung ist unter den Tisch gefallen.

Wie weit sind wir vom Tag nach dem Krieg entfernt?

Herzlichst, Vijay.

